

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming
- Der Vorsitzende -

An die Mitglieder der
Regionalversammlung der
Regionalen Planungsgemeinschaft
Havelland-Fläming
- Verteiler -

Bearbeiterin	Tel.	E-Mail	Az	Teltow
Frau Kedziorski	-0	info@havelland-flaeming.de	YF07_p	15.05.2017

Protokoll

Öffentlicher Teil

der 07. Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming am 27. April 2017

Teilnehmer:

Anwesend:		Abwesend:
Herr Michél Berlin	Herr Dr. Harald Sempf	Herr Bernd Albers
Herr Wolfgang Blasig	Herr. Dr. Harry Rackwitz	Herr Ortwin Baier
Herr Uwe Brückner	Herr Ralf Schwarzer	Frau Ilona Friedland
Herr Dr. Andre Deinhardt	Herr Thomas Schmidt	Herr Michael Grubert
Herr Detlef Fleischmann	Herr Ronald Seeger	Frau Herzog-von der Heide
Herr Friedrich Wilhelm Garn	Herr Michael Brandt	Herr Jann Jakobs
Herr Axel Heinzl-Berndt	Herr Claus Wartenberg	Herr Wolfhard Kirsch
Herr Pertti Hermanek	Frau Kornelia Wehlan	Herr Bernhard Knuth
Frau Kerstin Murin		Herr Roland Leisegang
Herr Andreas Igel		Herr Bodo Oehme
Herr Winand Jansen		Herr Arne Raue
Herr Peter Kaminski	Beratende Mitglieder:	Herr Klaus Rocher
Herr Marcus Krause	Herr Hans-Jochen Müller	Herr Stefan Schneider
Herr Ulrich Krieg	Herr Burkhard Voß	Frau Michaela Schreiber
Herr Roger Lewandowski	Herr Jörg Podzuweit	Herr Wolfgang Schütt
Herr Christopher Gerhardt	Herr Stefan Bregulla (IHK)	Herr Dirk Stieger

Ort: Hoffbauer Tagungshaus, Hermannswerder 23, 14473 Potsdam

Beginn/Ende: 16:09 Uhr/17:46 Uhr

• Körperschaft des öffentlichen Rechts •
Regionale Planungsstelle: Oderstraße 65, 14513 Teltow
Tel.: (03328) 3354-0, Fax: (03328) 3354-20,
E-Mail: info@havelland-flaeming.de, Internet: www.havelland-flaeming.de

Verkehrsverbinding: - Potsdam Hauptbahnhof: Bus X1 oder 601 bis Teltow, Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 20 min.
- Berlin S-Bahn 25 nach S Teltow/Stadt, dann Bus X1 oder 601 bis Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 20 min.

I. Öffentlicher Teil

Tagesordnungspunkt 1: Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Landrat Blasig (im Folgenden der Vorsitzende) eröffnet die siebte Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und begrüßt die Regionalräte, die beratenden Mitglieder der Regionalversammlung sowie die Gäste. Weiter teilt der Vorsitzende mit, dass Herr Roland Leisegang im Oktober 2016 zum Bürgermeister der Stadt Bad Belzig gewählt wurde und in Nachfolge von Frau Hannelore Klabunde-Quast nunmehr der Regionalversammlung Kraft Amtes angehöre.

Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Weiterhin erklärt er, ergänzend zu den Sitzungsunterlagen wurden den Mitgliedern der Regionalversammlung mit Postausgang 18.04.2017 zum Tagesordnungspunkt 4 der Jahreshaushaltsabschluss 2012 einschließlich des Berichts über die Prüfung der Jahresabschlussrechnung zugesandt. Der Rechnungsprüfungsbericht sei erst am gleichen Tag bei der Planungsstelle eingegangen. Es wird vorgeschlagen, trotz des nachträglichen Versands im Tagesordnungspunkt 4 über die Entlastung des Vorstands zu beschließen.

Er informiert weiterhin, für den Tagesordnungspunkt 6 „Korridoruntersuchungen für den Stadtumlandverkehr Berlin-Brandenburg“ konnte zum Zeitpunkt der Einladung noch kein Referent benannt werden. Vortragender werde Herr Kai Dahme vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht angezeigt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zur Tagesordnung.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 2: Bestätigung des Protokolls der Sitzung der Regionalversammlung vom 20.10.2016

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen zum Protokoll der Sitzung vom 20.10.2016.

Es werden keine Wortmeldungen angezeigt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zum Protokoll vom 20.10.2016.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 3

Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.
Herr Brandt und Herr Kaminski treten der Sitzung bei.

Tagesordnungspunkt 3: Überwachung der Umweltauswirkungen in Umsetzung der Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 2020

Der Vorsitzende erklärt, nach Artikel 8a Absatz 4 des Landesplanungsvertrages sei die Regionale Planungsstelle verpflichtet, die von der Umsetzung der Festlegungen des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 ausgehenden erheblichen Umweltauswirkungen fortdauernd zu überwachen. In einem ersten Arbeitsschritt seien die von der Errichtung von Windenergieanlagen verursachten Beeinträchtigungen der Umwelt schutzgutbezogen ermittelt und in einem Monitoringbericht zusammenfassend dargestellt worden.

Er gibt das Wort an Frau Maike Bühler.

Frau Bühler erläutert anhand einer Präsentation die Ergebnisse des Windenergiemonitorings. Die Auswertung stütze sich auf 30 Genehmigungsbescheide (ab April 2012 – 1. Entwurf des Regionalplans) mit 142 Windenergieanlagen (WEA), die sich auf 16 Windeignungsgebiete (WEG) verteilen. Die darin prognostizierten Auswirkungen habe man schutzgutbezogen betrachtet. Besonderes Augenmerk habe auf dem Menschen, den betroffenen Vogel- und Fledermausarten, der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sowie auf der Inanspruchnahme von Waldflächen gelegen, da diese Schutzgüter im besonderen Maße von der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen beeinflusst würden. Neben der Erfassung von Art und Ausmaß der Beeinträchtigungen seien auch die jeweils angeordneten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die Ersatzzahlungen betrachtet worden.

Im Ergebnis stellt Frau Bühler heraus, dass Prognosewerte von Schallimmissionen und Schattenwurf, die in einigen Verfahren über den vorgeschriebenen Richtwerten liegen und den Menschen potentiell beeinträchtigen könnten, durch entsprechende Vermeidungsmaßnahmen in Form von Abschaltzeiten und eingeschränkter Betriebsmodi abgewendet werden können. Bezüglich der Fauna wiesen die WEG große Unterschiede hinsichtlich der in den Untersuchungen ermittelten Anzahl an vorkommenden Brutvogelarten auf. Hinsichtlich der Fledermausfauna sei in den meisten WEG mit mindestens zehn Arten eine relativ hohe Artenvielfalt zu erkennen. Bei den erfassten Zugvögeln und Fledermäusen kämen zudem regelmäßig Arten vor, die nach dem Brandenburger Windkraftflass bzw. den tierökologischen Abstandskriterien (TAK) als besonders störungssensibel gelten. Es würden jedoch keine Schutz- noch Restriktionsbereiche nach TAK berührt. Ferner sei kein signifikanter Zusammenhang zwischen den Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fauna und der Lage des WEG, im Offenland bzw. im Wald, erkennbar.

Grundsätzlich könne festgestellt werden, dass Beeinträchtigungen der Schutzgüter Klima, Wasser sowie Kultur- und Sachgüter nur selten erwartet würden. Beeinträchtigungen der Schutzgüter Mensch und Fauna (v.a. Störung) könnten oftmals bereits im Vorfeld der Umsetzung durch geeignete Maßnahmen vermieden bzw. gemindert werden. Beeinträchtigungen der Schutzgüter Landschaft, Flora und Boden könnten häufig nicht im Vorfeld vermieden oder gemindert werden, so dass regelmäßig entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgesetzt würden.

Darüber hinaus seien Ersatzzahlungen sowohl für die Schutzgüter Fauna, Flora und Boden, vorrangig aber für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu leisten. Die Ermittlung der Ersatzzahlung finde auf Grundlage der Erlebniswirksamkeit der betroffenen Landschaft (Wertstufen) und der Anlagenhöhe statt. Die Ersatzzahlungen müssten grundsätzlich an den Naturschutzfonds Brandenburg entrichtet werden. Dieser solle die Maßnahmen bevorzugt im selben Landkreis, zumindest aber im selben Naturraum umsetzen. Bislang konnte durch die Planungsstelle nicht nachvollzogen werden, wie und wo die Gelder eingesetzt würden, anders als bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Diese würden in den Genehmigungsbescheiden konkret benannt und zu ca. 60% in der Kommune, in der die WEA errichtet werden, umgesetzt.

Für notwendige Waldumwandlungsmaßnahmen werde im doppelten Umfang Ersatz geleistet. Insgesamt seien Erstaufforstungsmaßnahmen im Umfang von 38,3 ha festgelegt, von denen knapp zwei Drittel in der Eingriffsgemeinde selbst bzw. in der Nachbargemeinde umgesetzt würden und somit eingriffsnah stattfänden. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung ergebe, dass die Erstaufforstungsmaßnahmen meistens zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzflächen durchgeführt würden.

Herr Bürgermeister Igel erfragt, ob es auch ein Monitoring über positive Auswirkungen gebe (insbesondere bei entstehenden Offenlandflächen im Wald). Er fragt weiterhin, ob bei dem Ausgleich von Waldflächen auch die Möglichkeiten untersucht würden, Monokulturen aufzuwerten?

Frau Bühler erklärt, ein solches Monitoring sei der Planungsstelle nicht bekannt. Eine vorzunehmende Aufforstung müsse immer mindestens in der gleichen Größenordnung wie die Waldumwandlung erfolgen. Zusätzlich würden aber auch Maßnahmen wie Waldumbau, Waldrandgestaltung sowie Voranbau festgesetzt, die die Verbesserung der Waldqualität zum Ziel haben.

Herr Bürgermeister Igel regt weiterhin an, herauszuarbeiten, wohin die Ersatzzahlungen zu leisten sind und vor allem was mit den Geldern passiert.

Tagesordnungspunkt 4: Haushalts- und Wirtschaftsführung

Der Vorsitzende teilt mit, der Jahresabschluss 2012 sei durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Teltow-Fläming geprüft worden. Im Ergebnis empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt der Regionalversammlung, dem Vorsitzenden der Regionalversammlung und dem Regionalvorstand für das Haushaltsjahr 2012 eine uneingeschränkte Entlastung zu erteilen.

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen zum Jahresabschluss sowie dem Prüfbericht.

Es werden keine Wortmeldungen angezeigt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zur Beschlussvorlage 07/04/01.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Die Beschlussvorlage 07/04/01 wird einstimmig bestätigt.

Der Vorsitzende verweist auf die übersandten Entwürfe der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Jahr 2017. Er erklärt, es ergebe sich die Besonderheit, dass im Haushaltsplan ein Fehlbetrag in Höhe von 241.300 € ausgewiesen sei. Ursachen dafür seien eine Rückstellung in Höhe von 150.000 € zur Absicherung des durch die Normenkontrollanträge gegen den Regionalplan Havelland-Fläming 2020 eingetretenen Kostenrisikos sowie eine von der Landesplanungsbehörde mit Bescheid vom 5. Dezember 2016 geforderten Rückerstattung von Landeshaushaltsmitteln in Höhe von 80.000 €. Der Fehlbetrag werde aus der Rücklage gedeckt. Der Haushalt 2017 sei daher ausgeglichen. Die Rücklage werde auf ca. 23.000 € reduziert.

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2017.

Es werden keine Wortmeldungen angezeigt.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zur Beschlussvorlage 07/04/02.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Die Beschlussvorlage 07/04/02 wird einstimmig bestätigt.

Frau Kedziorski informiert weiter, die Unternehmereigenschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts sei neu geregelt worden. Unter bestimmten Voraussetzungen bestünde Umsatzsteuerpflicht. Die Regionale Planungsstelle habe aber fristgerecht eine sog. „Optionserklärung“ abgegeben, wonach noch von der alten Regelung bis 31.12.2020 Gebrauch gemacht werden könne.

Tagesordnungspunkt 5: Wahlen für den Regionalvorstand

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Bürgermeisterin der Stadt Bad Belzig, Frau Hannelore Klabunde-Quast, am 01. Dezember 2016 in den Ruhestand getreten und damit aus der Regionalversammlung ausgeschieden sei. Sie war Stellvertreterin für das Mitglied des Regionalvorstands Bürgermeister Thomas Schmidt. Diese Funktion sei daher neu zu besetzen.

Herr Dr. Sempf stellt den Antrag auf Durchführung einer offenen Wahl.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zu dem Antrag.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Dem Antrag auf offene Abstimmung wird einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass sich im Vorfeld der Sitzung Herr Dr. André Deinhardt bereit erklärt hat, für dieses Amt zu kandidieren. Er fragt nach weiteren Vorschlägen.

Es werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet.

Der Vorsitzende bittet um Wahl durch Handzeichen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 24

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Herr Dr. André Deinhardt erklärt die Annahme der Wahl.

Herr Dr. André Deinhardt ist damit einstimmig als Stellvertreter für Herrn Bürgermeister Thomas Schmidt in den Regionalvorstand gewählt.

Tagesordnungspunkt 6: Korridoruntersuchungen für den Stadtumlandverkehr Berlin-Brandenburg: Aktueller Stand und weiteres Verfahren

Der Vorsitzende erklärt, in Vorbereitung des neuen Landesnahverkehrsplans 2018-2022 wurden durch die Länder Berlin und Brandenburg sogenannte Korridoruntersuchungen des öffentlichen Personennahverkehrs beauftragt und vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg durchgeführt. Er begrüßt Herrn Kai Dahme vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und erteilt ihm das Wort.

Herr Dahme erläutert anhand einer Präsentation ausgewählte Ergebnisse der Korridoruntersuchungen. Man habe untersucht, wie sich eine steigende Bevölkerung in steigende Fahrgastzahlen ausdrückt und wie darauf reagiert werden könnte. Man habe verschiedene Modelle entwickelt, die auf Bezugsdaten aus dem Jahr 2013 basieren.

Für das Prognosejahr 2020 gehe man von folgender Situation aus („Prognosenullfall“):

- Angebotsausweitung der RB20 Potsdam <> Oranienburg zu einem 60-Min-Takt
- Inbetriebnahme Bahnhof Ostkreuz (Halt der Linien RE1, RE2, RE7, RB14 ab 12/2017)
- Inbetriebnahme Flughafen BER Führung der RE7, RE9, RB14, RB22 über Terminal 1)

Für das Prognosejahr 2030 gehe man von folgender Situation aus („Prognosenullfall“):

- Inbetriebnahme der Dresdner Bahn in Berlin
- Führung der RB24 statt RE7 über Flughafen BER nach Wünsdorf-Waldstadt
- Verdichtung RE5 zwischen Berlin Hbf und Zossen in HVZ (30-Minuten-Takt)
- Inbetriebnahme Bahnhof Potsdam Pirschheide

Man gehe von einer teilweise stark steigenden Nachfrageentwicklung aus. Aus den Prognosenullfällen ergäben sich weitere „Mitfälle“ (Nachfragesteigerungen auf umliegenden Strecken aufgrund veränderter Rahmenbedingungen- „Prognosenullfälle“). Mit der Untersuchung habe man verschiedene „Mitfälle“ je Korridor unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen untersucht:

Für die Region Havelland-Fläming habe man folgende Handlungsfelder herausgearbeitet:

- Steigende Fahrgastnachfrage Berlin <> Potsdam <> Werder <> Brandenburg prognostiziert
- Steigende Fahrgastnachfrage im Zulauf auf Flughafen BER prognostiziert
- IC-Linie Magdeburg <> Cottbus ab 2022
- IC-Linie Berlin <> Dresden ab 2019
- Offen: weitere Marktentwicklung im Fernverkehr auf der Anhalter Bahn im Korridor Berlin <> München/Frankfurt
- Diskussion um Reaktivierung der Stammbahn und S-Bahn nach Stahnsdorf
- Inbetriebnahme Dresdner Bahn in Berlin
- Diskussion um S-Bahn nach Rangsdorf und Anbindung Rolls-Royce
- Steigende Fahrgastnachfrage Berlin <> Nauen prognostiziert
- Hohes Konfliktpotenzial durch Mischbetrieb Regional- und Fernverkehr

Anhand ausgewählter konkreter Korridorbeispiele erläutert er mögliche Szenarien um der Nachfrageentwicklung zu begegnen.

Herr Jansen verlässt die Sitzung.

Herr Dr. Sempf verlässt die Sitzung.

Herr Lewandowski fragt, inwieweit Landesvorgaben in die Betrachtungen einfließen und wie eine Finanzierung der dargestellten Modelle angestrebt werde.

Herr Dahme erklärt, es handele sich bei dieser Untersuchung um eine Grundlagenarbeit. Es sollen zunächst Datengrundlagen erstellt werden, um in einem nächsten Schritt zu analysieren, ob und wie eine Realisierung möglich wäre. Die angegebenen Kostenschätzungen seien äußerst vage. Anders und genauer seien Kostenschätzungen in diesem Bearbeitungsstadium nicht möglich.

Herr Pertti-Hermannek gibt als Hinweis, dass auch volkswirtschaftliche Gegenrechnungen angestellt und einbezogen werden sollten (z.B. Klimaauswirkungen).

Herr Lewandowski verlässt die Sitzung.

Herr Garn schlägt vor, nicht nur Baumaßnahmen, sondern auch mögliche Verdichtungen durch neue Regelungstechniken zu betrachten.

Herr Pertti-Hermannek fragt, ob es Überlegungen des VBB gäbe, das Angebot auch kurzfristig zu erhöhen.

Herr Dahme erklärt, punktuelle Anpassungen fänden regelmäßig statt. Größere Angebotsausweitungen seien mit einem neuen Verkehrsvertrag 2022 geplant. Es gäbe aber Netzengpässe, die sich kurzfristig nicht beseitigen ließen.

Herr Krause verlässt die Sitzung.

Herr Igel regt an, ITCS (Intermodal Transport Control System) zu nutzen. Er kritisiert, dass Korridoruntersuchungen im Landkreis Teltow-Fläming gar nicht vorgestellt worden seien.

Herr Dahme erklärt, man habe in der Region noch weitere Korridore untersucht, er könnte hier aber im vorgegebenen zeitlichen Rahmen nicht alle vorstellen. Es seien demnächst in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung sog. „Quadrantengespräche“ vorgesehen, um alle Untersuchungsergebnisse mit den betroffenen Kommunen zu diskutieren.

Herr Podzuweit erklärt dazu weiter, der Einsatz von ITCS sei durchaus denkbar und auch vorteilhaft. Man müsse aber auch auf wichtigen und nachfrageintensiven Strecken Ausweichgleise schaffen. Insgesamt merkt er an, dass es durchaus sinnvoll sei, bei Neuanschaffungen ITCS ausgerüstete Fahrzeuge zu bestellen, um ein aufwendiges Nachrüsten zu vermeiden.

Herr Krieg verlässt die Sitzung.

Aus dem Kreis der Regionalräte wird angeregt, das Präsentationsmaterial für alle Mitglieder der Regionalversammlung zur Verfügung zu stellen.

Herr Dahme bietet an, die Unterlagen zugänglich zu machen.

Es wird kein weiterer Aussprachebedarf angezeigt. Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Kai Dahme und schließt den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 7: Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende teilt mit, es seien bei der Planungsstelle keine schriftlichen Anfragen eingegangen. Satzungsgemäß sei daher keine Einwohnerfragestunde abzuhalten.

Aussprachebedarf wird nicht angezeigt.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 8: Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass am 03.05.2017 die dritte Energiekonferenz der Region Havelland-Fläming in Teltow stattfinden werde. Thema sei „Wertschöpfung und Beteiligung“. Er lädt alle herzlich ein, daran teilzunehmen. Weiter teilt er mit, dass die nächste Sitzung der Regionalversammlung planmäßig am 9.11.2017 stattfinden werde.

Herr Igel erfragt den Bearbeitungsstand zum LEP HR.

Herr Feskorn erklärt, derzeit sei man bei der Abwägung der zahlreich eingegangenen Stellungnahmen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen angezeigt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den anwesenden Gästen, schließt den öffentlichen Teil der 7. Sitzung der Regionalversammlung um 17:46 und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Wolfgang Blasig
Vorsitzender der Regionalversammlung

Christin Kedzioriski
für das Protokoll